

**Antwort**  
**der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Burgmann und der Fraktion DIE GRÜNEN  
— Drucksache 10/2408 —**

**Beschaffung abgasarmer Kraftfahrzeuge bei Bundesbehörden, Bundeswehr,  
Bundesbahn und Bundespost**

*Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen – II A1 – H 1261 – 20/84 – hat mit Schreiben vom 6. Dezember 1984 namens der Bundesregierung die Kleine Anfrage im Einvernehmen mit dem Bundesminister des Innern, dem Bundesminister der Verteidigung, dem Bundesminister für Verkehr und dem Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen wie folgt beantwortet:*

1. a) Seit geraumer Zeit werden von der Deutschen Bundespost – bis auf wenige Ausnahmen – nur noch Fahrzeuge mit Dieselmotoren beschafft.

Wie bewertet die Bundesregierung diese Praxis angesichts der Tatsache, daß ein Benzin-PKW mit Katalysator wesentlich günstigere Abgaswerte aufweist als ein Diesel-PKW?

Die Deutsche Bundespost hat sich bei der Kraftfahrzeugbeschaffung bereits seit Jahren besonders umweltfreundlich verhalten: Alle seit dem 1. Januar 1978 beschafften Diesel-PKW erfüllen die vorgeschriebenen US-Abgasgrenzwerte.

Seit der Umstellung auf Dieselantrieb wird von Fahrzeugen der Deutschen Bundespost erheblich weniger Kraftstoff verbraucht, z. B. 1983 insgesamt 23,2 Mio. Liter weniger als 1976. Jeder Liter nicht verbrannten Kraftstoffs schützt die Umwelt.

- b) Sind der Bundesregierung die Gründe bekannt, warum die Oberpostdirektion Nürnberg sich weigert, ihre Fahrzeuge freiwillig vor dem offiziellen Termin umzurüsten?

Sofern wirtschaftliche und technisch ausgereifte Verfahren für die Umrüstung älterer Benzin-PKW zur Minderung des Schadstoff-

ausstoßes verfügbar werden, wird der Bundespostminister allen Oberpostdirektionen, auch der Oberpostdirektion Nürnberg, entsprechende Anweisungen erteilen.

- c) Obwohl die Fahrzeuge der Deutschen Bundespost die sofortige Verwendung von bleifreiem Benzin ermöglichen, weigert sich die Oberpostdirektion Nürnberg, von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen.

Sind der Bundesregierung die Gründe dafür bekannt, und wie bewertet sie dieses Verhalten?

Nicht alle noch mit Benzin betriebenen Altfahrzeuge der Deutschen Bundespost sind für den Betrieb mit bleifreiem Kraftstoff geeignet. Sobald diese Fahrzeuge nur noch in geringer Zahl vorhanden sind, werden die Tankanlagen der Deutschen Bundespost auf bleifreien Kraftstoff umgestellt werden, sofern bleifreier Kraftstoff ausreichend zur Verfügung steht.

## 2. Allgemeine Fragen

- a) Beabsichtigt die Bundesregierung, für alle Bundesbehörden, Bundeswehr, Bundesbahn und Bundespost verbindlich zu regeln, bei der Beschaffung nur noch solche LKW-Fabrikate zu berücksichtigen, die die US-amerikanischen Normen für LKW-Abgase einhalten? Welchen Zeitpunkt sieht sie dafür vor?

Die Bundesregierung wird Ende 1984 ein Gesamtkonzept zur Verminderung der Dieselschadstoffe vorlegen, das die Anforderungen an LKW hinsichtlich der gas- und partikelförmigen Emissionen enthalten wird.

Auf dieser Grundlage wird sie auch Vorkehrungen treffen, um den Einsatz umweltfreundlicher Dieselfahrzeuge im Bereich der Bundesverwaltung zügig voranzutreiben.

- b) Erwägt die Bundesregierung, Sondermittel für die Umrüstung auf niedrigere Abgaswerte aller im Besitz des Bundes befindlichen Kfz/LKW einschließlich Bundeswehr und Sondervermögen bereitzustellen? Wenn nein, warum nicht?
- c) Wie viele Fahrzeuge kämen für eine solche Umrüstung in Frage (in absoluten Zahlen und Prozentangaben für LKW PKW, unterschieden nach Bundesbehörden, sonstigen Dienststellen, Zoll, Bundeswehr, Bundesbahn und Bundespost)?

Die Bundesregierung erwägt gegenwärtig nicht, Sondermittel für die Umrüstung aller im Besitz des Bundes befindlichen Kraftfahrzeuge zur Verfügung zu stellen, da noch keine wirtschaftlichen und technisch ausgereiften Verfahren für eine Umrüstung vorhanden sind. Daher können z. Z. auch keine Angaben über Art und Zahl der ggf. für eine Umrüstung in Betracht kommenden Kraftfahrzeuge gemacht werden.

- d) Erwägt die Bundesregierung ein Tempolimit für alle Kfz der oben genannten Dienststellen und Behörden, insbesondere für nicht-entgiftete Kfz, einzuführen? Wenn nein, warum nicht?

Die Bundesregierung hat am 3. Oktober 1984 beschlossen, daß in einem befristeten Großversuch gesicherte Erkenntnisse über das Abgasverhalten von Kraftfahrzeugen unter den tatsächlichen Bedingungen des Straßenverkehrs im Falle von Geschwindigkeitsbegrenzungen gewonnen werden sollen.

Bevor die Ergebnisse dieses Versuchs vorliegen, ist eine punktuelle Einführung einer Geschwindigkeitsbegrenzung für Kraftfahrzeuge bei Dienststellen des Bundes nicht sinnvoll und daher auch nicht vorgesehen.

